

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Dieter Haack, Bundesbauminister, zieht eine positive Zwischenbilanz seines Ressorts.

Seite 1-3

Friedrich Halstenberg, SPD-Schatzmeister, sieht die Affäre Filbinger noch nicht als beendet an.

Seite 4

Hans Urbaniak MdB appelliert an die Ärzteschaft, einen eigenen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu leisten.

Seite 5

Heinz Kreuzmann MdB stellt die Vorteile der geplanten Autobahn Berlin-Hamburg heraus.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 150

8. August 1978

Wohnungs- und Städtebaupolitik auf neuer Grundlage

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die erste Halbzeit der laufenden Legislaturperiode war für die Wohnungs- und Städtebaupolitik erfolgreich. Zum 1. Januar des vergangenen Jahres sind die Neuregelungen beim § 7 b und bei der Grunderwerbsteuer, die Ausdehnung auf den Erwerb von Altbauten, in Kraft getreten. Damit hat die Städtebaupolitik in der Bundesrepublik eine Abrundung erfahren, die in ihrer tatsächlichen Bedeutung noch kaum abzuschätzen ist. Schon heute zeigt sich, daß die Neuregelungen der Verbesserung der Eigentumsquote, der Erhaltung der Wohnfunktion der Innenstädte nach der Verlagerung der Stadtumlandwanderung gerecht werden.

Hervorzuheben ist daneben die Novelle zum Wohngeldgesetz, die zum 1. Januar 1978 in Kraft gesetzt wurde. Diese Novelle hat sichergestellt, daß das Wohngeld dem Bürger wirtschaftlich seine Wohnung sichert. Auch für die Fortführung der Programme im sozialen Wohnungsbau haben wir in den letzten beiden Jahren entscheidende Schritte getan. Die finanzpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung haben dazu beigetragen, die Förderungszahlen im sozialen Wohnungsbau auf dem notwendigen Maß von jährlich 120.000 Wohnungen zu halten. Rechtzeitig vor Beginn der Sommerpause haben wir schließlich auch das lange umstrittene Energiesparprogramm über alle parlamentarischen Hürden gebracht. Dieses Programm wird helfen, unnötige Energieverluste im Gebäudebestand wesentlich zu verringern und so Nutzen für den Bürger wie für die Wirtschaft bringen. Auch im internationalen Rahmen ist es von erheblicher Bedeutung, daß die Bundesrepublik heute über ein wirksames Energiesparprogramm mit einem Milliardenvolumen verfügt.

Im Bereich der Städtebaupolitik wäre im Rahmen einer Bilanz die 1977 in Kraft getretene Novelle zur Baunutzungsverordnung zu nennen, die an städtebauliche Aufgaben anzupassen war und die die Planungsinstrumente der Gemeinden wesentlich ver-

bessert hat. Hier müssen auch die Sonderprogramme, insbesondere das Programm für Zukunftsinvestitionen, erwähnt werden, die eine Vielzahl städtebaulich wichtiger Vorhaben in unseren Gemeinden entscheidend vorgebracht hat. Insgesamt stehen wir heute vor der Aufgabe, Wohnungspolitik noch deutlicher als bisher in den Zusammenhang mit den Problemen der Stadtentwicklung zu bringen. Die Erhaltung und Erneuerung der Innenbereiche unserer Städte ist heute Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung. Dazu gehört das Bundesprogramm für die Städtebauförderung, eine auf städtebauliche Schwerpunkte zielende Modernisierungsförderung und der Neubau öffentlich geförderter Wohnungen im Zuge von Stadterneuerungsmaßnahmen. Der Bund ist sich seiner gesamtstaatlichen Verantwortung im Bereich der Städtebau- und Wohnungspolitik voll bewußt und wird sie auch in Zukunft - wie in der Regierungserklärung 1976 dargelegt - in vollem Umfang wahrnehmen.

Unsere bisherigen Maßnahmen werden wir noch weiter ergänzen müssen, Ansatzpunkte und Grundlagen dafür sind bereits geschaffen. So sind wir beispielsweise dabei, unter dem Stichwort "Stadthaus" ein Konzept zu entwickeln, das der Steigerung der Eigentumsbildung gerade in den städtischen Verdichtungsräumen, dort, wo die Eigentumsquote heute außerordentlich niedrig ist, dienen soll. Wir entwickeln hier ein Konzept, das in der Lage ist, gleichzeitig den Wohnwert der Stadt insgesamt wieder attraktiver zu machen, der Eigentumsbildung zu dienen und eine Orientierung insbesondere für den Ersatzwohnungsbau in Sanierungsgebieten und für die Baulückenbebauung in unseren Städten zu bieten. Dabei wollen wir den Wohnwünschen unserer Bevölkerung ebenso Rechnung tragen, wie den stadtentwicklungspolitischen Erfordernissen unserer Zeit.

Wir wollen mit diesen Aufgaben der Stadterneuerung und des Wohnungsbaus gleichzeitig auch beschäftigungspolitische Probleme der Zukunft lösen helfen. Bei Eigentumsbildung, Stadtsanierung, Modernisierung, Verkehrsberuhigung und Wohn-

umfeldverbesserung sind "Sättigungsgrenzen" noch lange nicht erkennbar.

Wir waren in den vergangenen Jahren schon bemüht, durch eine mittelfristige Festlegung des Finanzvolumens der verschiedenen Förderprogramme in diesem Bereich zugleich zu der so notwendigen Verstetigung des Baugeschehens beizutragen. Diese Bemühungen werden wir fortsetzen. Der von der Bundesregierung verabschiedete Entwurf des Haushalts 1979 und die mittelfristige Finanzplanung mit ihren gestiegenen Ansätzen in verschiedenen Programmen machen dies deutlich.

In den letzten Monaten sind wir bei der Entbürokratisierung des Baugeschehens gut vorangekommen. Mit Hilfe einer breiten Unterstützung in der Öffentlichkeit ist es gelungen, gemeinsam mit den Ländern erste wichtige Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren einzuleiten. Hier liegen aber auch noch große Aufgaben vor uns.

Die Bundesregierung wird mit einem Vorschlag für eine Änderung des Bundesbaugesetzes einen wichtigen Beitrag in ihrem Zuständigkeitsbereich zur Lösung dieser Problematik leisten. Wir müssen auch beim Thema "Baubürokratie" deutlich machen, daß Gesetzgebung und Verwaltung für den Bürger da sind und nicht umgekehrt.

Insgesamt kann das Bauministerium zur Halbzeit der Legislaturperiode eine Bilanz aufweisen, die sich auch als Ergebnis der Arbeit einer vollen Legislaturperiode sicher nicht schlecht ausmachen würde. Dies darf allerdings nicht zu dem Fehlschluß führen, es gäbe nun in den kommenden zwei Jahren nur noch wenig zu tun. Im Gegenteil, die notwendige Neuordnung im sozialen Wohnungsbau gemeinsam mit den Ländern, die Weiterentwicklung der Raumordnungspolitik, die Entwicklung neuer Instrumente der Städtebaupolitik, das weitere Vorantreiben unserer Bemühungen um Entbürokratisierung - dies sind einige der Aufgaben, die zu bewältigen sind.

(-)

+ + +

Affäre Filbinger ist nicht beendet

Inhaber hoher Parteiämter müssen mit gleichem Maß gemessen werden
wie Repräsentanten des Staates

Von Prof. Dr. Friedrich Halstenberg
Bundesschatzmeister der SPD

Am 8. Juli 1978, nachdem weitere Todesurteile bekannt wurden, an denen der Marine-richter Dr. Filbinger mitgewirkt hatte, nachdem also der Fall Filbinger eine neue Qualität bekam, erklärte Bundesgeschäftsführer Egon Bahr für die SPD: "Es bleibt Sache des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl, mit dem Fall seines Stellvertreters politisch sauber fertig zu werden."

Es gibt Anlaß, nach dem Zwischenergebnis der Stuttgarter CDU-Beratungen an diese Aufforderung zu erinnern. Die SPD hat zu jedem Zeitpunkt darauf verzichtet, parteipolitisches Kapital aus der Affäre zu ziehen. Dabei bleibt es. Auch wenn der Schaden über den engeren Bereich der CDU hinausgeht: Der Fall Filbinger bleibt Sache der Partei, deren stellvertretender Bundesvorsitzender Dr. Hans Karl Filbinger immer noch ist. Eine große demokratische Partei muß in der Lage sein, in ihrem eigenen wie im Staatsinteresse mit derartigen Problemen selbst fertig zu werden.

Dabei muß klar bleiben: Es ging und geht nicht um einen Politiker, der den einen oder anderen taktischen Fehler beging. Es geht um eine geistige Haltung, um die Glaubwürdigkeit einer demokratischen Partei. Und: Wer es mit der besonderen Verantwortung demokratischer Parteien in unserem Staat ernst meint, muß an die Inhaber hoher Parteiämter dieselben Anforderungen stellen, wie an die Repräsentanten staatlicher Macht.

Ist es etwa vorstellbar, daß ein Mann, dessen Verhalten nicht nur dem Bild der CDU auch im Ausland Schaden zugefügt hat, im nächsten Jahr an führender Position der CDU in den Europa-Wahlkampf zieht oder gar für das erste direkt gewählte europäische Parlament kandidiert?

Nein, die CDU und ihr Vorsitzender irren, wenn sie meinen, mit dem Ergebnis des Posten-Feilschens in Stuttgart sei für sie die Affäre Filbinger beendet. Das jetzige Zwischenergebnis ist von zuviel Taktik gekennzeichnet. Es bleibt Sache des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl, "mit dem Fall seines Stellvertreters politisch sauber fertig zu werden" (siehe oben).

(-/8.8.1978/ks/10)

Äskulap-Stab oder Tresorschlüssel?

Kostendämpfung im Gesundheitswesen geht alle an

Von Hans Urbanik MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz, das seit dem 1. Juli 1977 in Kraft ist, hat bisher schon erfreuliche Erfolge gezeigt. Waren bisher die Beiträge der Krankenkassen regelmäßig gestiegen, so konnten die Millionen Krankenversicherten seit dem Gesetz mit Genugtuung feststellen, daß die Beiträge gesenkt wurden. Auch auf anderen Gebieten des Gesundheitswesens läßt sich eine Beruhigung in der Kostenentwicklung registrieren. In Anbetracht der Tatsache, daß die Arzthonorare in der Zeit von 1963 bis 1975 jährlich um elf Prozent stiegen (bei Arbeitnehmern waren es im gleichen Zeitraum 9,5 Prozent) und die Krankenkassen im Jahre 1974 9,9 Milliarden an die Kassenärzte zahlten, im Jahre 1975 aber schon 11,2 Milliarden, war es an der Zeit, diese Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen.

Die Therapiefreiheit und die freie Arztwahl der Versicherten sind durch das neue Gesetz nicht angetastet worden, so daß nicht nur die Patienten, sondern auch die Mehrzahl der Mediziner den neuen Regelungen im Gesundheitswesen positiv gegenüberstehen. Um so bedauerlicher ist es, daß offensichtlich immer noch einige Mediziner den Äskulap-Stab mit einem Tresorschlüssel verwechseln und alles versuchen, ihre überhöhten Bezüge weiterhin kassieren zu können.

So hat sich in Kiel eine gesundheitspolitische Gesellschaft e.V. etabliert, die in einem Rundschreiben an alle niedergelassenen Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland, um Beitritt und Beitrag bittet. Ziel dieser Gesellschaft ist es, daß Gesundheitswesen vor angeblicher Sozialisierung, Vergesellschaftung und Verstaatlichung zu bewahren und der Tendenz der "Systemveränderung" dieser Bundesregierung Einhalt zu gebieten.

Alle seriösen Mediziner täten gut daran, sich von solcher Art Propaganda zu distanzieren und sich nicht für eine Sache einzspannen zu lassen, deren Ziel es ist, sich an der Krankheit gesund zu stoßen.

(-/8.8.1978/ks/10)

+ + +

Berlin an der Elbe ?

Die Anbindung der ehemaligen deutschen Hauptstadt an Hamburg hat viele Vorteile

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Daß die Politik der Opposition in Bonn fast ausschließlich in Verdächtigungen und Verneinungen besteht, hat ihre Reaktion auf die Ankündigung des Ausbaues der Autobahnlinie Berlin-Hamburg gezeigt, die in diesen Wochen mit der DDR vereinbart wurde. Da wird geschwafelt von einer neuen Kapitulation vor den Wünschen der DDR, die bei der längeren Strecke der Anbindung an Hamburg größere Straßenbenutzungsgebühren kassieren möchte. Da faselt man sogar von den Absichten der DDR, sich die strategischen Vorteile einer Rollbahn zu eigen zu machen, die das Verteidigungssystem der NATO aufspalteten - und was an Unsinn mehr dahergeredet wird.

Die Vorteile, die in der Abmachung darin liegen, daß das notwendige Gelände auf Bundesgebiet bereits in Händen des Bundes ist und damit langwierige Grunderwerbsverhandlungen erspart bleiben, werden dabei ebenso gering eingeschätzt wie die Tatsache, daß in dem Abkommen zugleich ein Anschluß des Kreises Lüchow-Dannenberg mit vorgesehen ist und damit auch die Interessen Niedersachsens und seines wirtschaftsschwachen Zonengrenzgebietes gewahrt sind. Selbstverständlich hat auch die DDR bei dem Bau dieser Bahn starke Eigeninteressen. Sie dürften aber weniger auf strategischem Gebiet zu suchen sein (welche Hindernisse oder Vorteile bietet bei modernen Waffen eigentlich noch ein Straßennetz?), sie dürften vor allem auch in dem Wunsch einer auch für sie benutzbaren Anbindung an den großen Überseehafen Hamburg liegen. Daher sollten wir auch in der Kostenfrage, wie es der Bundeskanzler schon andeutete, nicht unbesehen den DDR-Forderungen nachgeben. Daß aber diese Autobahn für Berlin, für den Touristen- und Wirtschaftsverkehr von und nach Berlin eine große Chance ist, das müßte selbst eine Opposition begreifen, die sich manchmal so borniert zeigt, wie das diesmal der Fall ist.

Für die an innerdeutschen Fragen stark Engagierten ist selbstverständlich auch die Frage der Anbindung von Lüchow-Dannenberg nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Zunächst ist hierzu einmal festzuhalten, daß gerade der Raum Lüchow-Dannenberg, von jener bekannten Reise Herbert Wehners im Jahre 1964 an, eine Bundesunterstützung zum Ausbau seiner wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur erhalten hat, wie nur wenige Gebiete im Zonengrenzraum. Daß vor allem im Hinblick auf die volle Nutzung der Fremdenverkehrseinrichtungen eine Autobahnanbindung dieses Raumes an Berlin von größtem Interesse ist, versteht sich von selber.

Wenn Bundesregierung und DDR dieser Einsicht mit der Ankündigung Rechnung getragen haben, daß diese Anbindung über Verhandlungen ab 1980 erfolgen soll, so ist das doppelt begrüßenswert. Einmal, weil das dem oben erwähnten Ziel dient und zweitens, weil damit die niedersächsische Straßenbauverwaltung schon jetzt in die Lage versetzt wird, die notwendigen Verhandlungen über den Grunderwerb zu beginnen, damit nach Abschluß der Verhandlungen zielstrebig mit dem Bau der Anschlußstrecke auf Bundesgebiet begonnen werden kann!

(-/8.8.1978/ks/10)